



Renate Künast, 53: „Ich bin nicht Politikerin geworden, um wie Frau Merkel nur Konflikte zu vermeiden.“

„Was kann ‚grüne‘ Wirtschaft leisten, Frau Künast?“

Bundestagswahl 2009 | Sollten CDU/CSU und FDP für eine Regierungsmehrheit auf die Grünen angewiesen sein, müssten sie mit deren Spitzenkandidatin Renate Künast verhandeln. Ein Vergnügen würde das nicht

€uro: Frau Künast, das Bundestagswahl-Programm Ihrer Partei zählt 210 Seiten. Auf den ersten 50 davon steht, was Ihr „Green New Deal“ gegen die Wirtschaftskrise sein soll. Können Sie das auch in 50 Worten sagen?

Renate Künast: Wir haben die Wirtschaft erstmals an den Anfang eines Wahlprogramms gestellt. Das zeigt, wie wichtig sie uns ist. Ein paar mehr Worte bräuchte ich also schon.

€uro: Legen Sie los.

Künast: Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet – und nicht gegeneinander ausspielt. Das geht aber nur, wenn die ganze Gesellschaft ihren Umgang mit Energie ändert. Wir müssen also unsere Art zu produzieren, zu transportieren und zu konsumieren auf Nachhaltigkeit umstellen. Das heißt, Ressourcen schonend zu leben und in „grüne“ Technologien zu investieren. Wenn meine Partei die dafür nötige Politik nach der Bundestagswahl umsetzen darf, können wir bis zur nächsten Wahl 2013 eine Million neue Jobs in Deutschland schaffen.

€uro: Mit schönen Worten wie „neue Jobs“, „Nachhaltigkeit“ und „Klimaschutz“ wollen alle Parteien beim Wahlvolk punkten. Was unterscheidet die Grünen konkret von denen?

Künast: Unsere Wähler können sicher sein, dass wir jede unserer Entscheidungen diesen „schönen Worten“ unterordnen – auch wenn manche Maßnahmen zunächst unpopulär sind. Uns reicht es nicht, wie die Große Koalition ab und zu ein paar grüne Worte zu sprechen und dann halbherzig oder gar entgegen der offiziellen Ziele zu handeln. Schauen Sie nur auf die Energie-, Verkehrs- und Finanzpolitik

der noch amtierenden Regierung. Da herrschen Stillstand und faule Kompromisse.

€uro: Was stört Sie an deren Energiepolitik?

Künast: Zum Beispiel, dass Bundeskanzlerin Merkel die von der EU angestrebte Trennung von Energienetzen und Energieproduktion bekämpft. Wenn Frau Merkel – wie sie offiziell beteuert – will, dass die EU ihren Energiebedarf hauptsächlich aus erneuerbaren Quellen speist, muss sie Strukturreformen wagen.

Stattdessen gewährt sie RWE, Eon, EnBW und Vattenfall weiterhin Privilegien, die den Konzernen Milliardengewinne garantieren, aber den technologischen Wandel blockieren.

€uro: RWE leistet sich zurzeit viel Eigenwerbung, um sich ein grünes Image aufzubauen. Der Slogan der Kampagne heißt: „VoRWEg gehen“. Ärgert Sie das?

Künast: Nein. Das bedeutet doch, dass sogar RWE endlich begriffen hat, dass wir Grünen recht haben. Zwar lassen sich die Energiekonzerne trotzdem keine Profite entgehen, die zulasten der Umwelt gehen. Aber wir werden nicht müde, das anzuprangern.

€uro: Mit Überzeugungskraft allein werden Sie die davon nicht abhalten.

Künast: Das werden wir noch sehen. Ich bin doch nicht Politikerin geworden, um wie Frau Merkel vor allem Konflikte zu vermeiden. Wenn Unternehmen nicht freiwillig zukunftsorientiert wirtschaften, müssen wir sie mit Gesetzen dazu zwingen. Ich erwarte auch von Konzernmanagern und Investoren eine Gemeinwohlorientierung. Die kann man nicht einfach an die Politik delegieren.

€uro: Die Wirtschaft will aber lieber freiwillige Kodizes als strengere Gesetze. →



„Wenn Firmen nicht freiwillig zukunftsorientiert wirtschaften, müssen wir sie dazu zwingen.“ Renate Künast im Gespräch mit €uro-Redakteur Mario Müller-Dofel



Den deutschen Autobauern würden wir einen riesigen Binnenmarkt für Sprit sparende Fahrzeuge, Elektro- und Hybridautos verschaffen.“

→ **Künast:** Die Zeit der Freiwilligkeitsankündigungen muss vorbei sein. Als Juristin weiß ich, dass zwischen „soll“ und „muss“ Welten liegen. Wer gibt schon freiwillig alte Besitzstände auf? Die Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung den Wandel wirklich durchsetzen will. Das sehe ich aber nicht.

€uro: Was stört Sie an der Verkehrspolitik?

Künast: Dass die Regierung auch hier an der Seite der Industrielobby bei der EU um Ausnahmeregelungen kämpft – etwa um geringere CO₂-Grenzwerte für deutsche Autohersteller. Anderes Beispiel: Frau Merkel genehmigte die Abwrackprämie, ohne sie an Umweltkriterien zu binden. Diese Regierung nutzt nicht die Chancen für Neues, sondern versucht immer nur, die nächste Hürde zu überspringen.

€uro: Wo sehen Sie die?

Künast: Natürlich in der Bundestagswahl am 27. September. Dass die Abwrackprämie 2010 verpuffen wird, weil dann die Autonachfrage in Deutschland zeitverzögert einbricht, wird billigend in Kauf genommen. Solch eine schwachsinnige Subvention leisten sich nicht einmal die USA, die bislang nicht gerade für ökologische Großtaten bekannt sind.

€uro: Ihre Partei will mehr Verkehr auf die Schiene verlegen. Das versucht die Politik schon seit 20 Jahren. Wie wollen Sie das schaffen?

Künast: Durch einen Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, vor allem aber des Schienennetzes der Deutschen Bahn. Und durch günstigere Transportpreise ...

€uro: Führen Sie eine Pkw-Maut ein. Dann würden sich die Leute eher überlegen, ob sie den Zündschlüssel wirklich umdrehen.

Künast: Vielleicht. Aber eine Pkw-Maut trifft sparsame Autos genauso wie Spritschlu-

cker. Wir wollen ja die Leute animieren, sich modernste Autos mit geringem Schadstoffausstoß zu kaufen. Dafür würden wir eine am CO₂-Ausstoß ausgerichtete Kfz-Steuer einführen. Autos mit sehr niedrigem CO₂-Ausstoß würden einige Jahre von der Steuer befreit, Autos mit Höchstwerten bis zu dreimal höher besteuert als heute. Ein solches Kfz-Steuersystem ist auch viel einfacher und kostengünstiger als ein Mautsystem.

€uro: Nur würden Sie damit die meisten Modelle unserer deutschen Autobauer Audi, BMW, Daimler und Porsche verteuern, die ohnehin schon Absatzprobleme haben.

Künast: Kurzfristig mag das sein. Aber langfristig überwiegen die Chancen. Wir würden den deutschen Autoherstellern schließlich auch einen riesigen Binnenmarkt für Sprit sparende Fahrzeuge, Elektro- und Hybridautos verschaffen. Voraussetzung: Sie lassen sich bei der Entwicklung nicht von Konkurrenten wie Toyota oder General Motors abhängen. GM soll laut Obama auch „grüne“ Autos bauen.

€uro: Die Grünen geißeln die deutschen Autobauer seit Langem, sie würden eine klimafreundliche Entwicklung blockieren. Ausgerechnet einer dieser „Blockierer“, Ex-Daimler-Vorstand Rüdiger Grube, ist neuer Bahn-Chef geworden. Stinkt Ihnen das?

Künast: Begeistert waren wir davon nicht. Allerdings unterscheidet sich Herr Grube in seiner Art zu kommunizieren wohlthuend von seinem Vorgänger Hartmut Mehdorn.

€uro: Grube will aber wie Mehdorn den Börsengang des Staatskonzerns.

Künast: Das empfinden wir ganz und gar nicht als wohlthuend. Es ist falsch, mit der Bahn das am wenigsten Umwelt zerstörende Verkehrsmittel dem Druck der Kapitalmärkte



auszusetzen. Das beweist auch das Desaster bei der Berliner S-Bahn – eine Folge des Finanzdrucks, der vor allem durch die Börsenpläne des Mutterkonzerns Deutsche Bahn AG entstanden ist.

€uro: Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Finanzumsatzsteuer für Börsen- und außerbörsliche Transaktionen in der gesamten EU einführen. Was versprechen Sie sich davon?

Künast: Zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von EU-weit rund 70 Milliarden Euro pro Jahr und eine Erfassung aller Finanztransaktionen, wie es sie heute leider noch nicht gibt. So könnten die Märkte besser kontrolliert und Marktrisiken eher bemerkt werden.

€uro: Wären auch Privatanleger von dieser Finanzumsatzsteuer betroffen?

Künast: Ja, denn je mehr Geschäfte erfasst werden, desto niedriger wäre der Steuersatz.

€uro: Wie viel Geld würden Sie Privatanlegern pro Transaktion abknöpfen?

Künast: Etwa 0,01 Prozent, also einen sehr kleinen Beitrag. Allerdings würden wir die Abgeltungsteuer abschaffen.

€uro: In Ihrem Wahlprogramm fordern Sie auch, dass „vor allem jene einen Beitrag zu den Kosten der Wirtschaftskrise leisten sollen, die davor vom Finanzmarktkapitalismus profitiert und große Vermögen aufgebaut haben“. Wie wollen Sie „jene“ identifizieren?

Künast: Wir schreiben niemanden an nach dem Motto: „Sie haben vor der Krise hohe Gewinne erzielt. Zahlen Sie jetzt einen Teil davon zurück.“ Das funktioniert nicht. Wir wollen eine zeitlich befristete Abgabe auf große Vermögen. Die liegen ja nicht unter Omas Kopfkissen, sondern sind zumeist am Kapitalmarkt investiert. Das impliziert, dass sie vor der Krise hohe Renditen brachten.

€uro: Was sind für die Grünen ganz konkret „große Vermögen“?

Künast: Darüber werden wir mit unserem Koalitionspartner hart verhandeln. Kleine Vermögen werden wir jedenfalls mit entsprechenden Freibeträgen verschonen.

€uro: Eine Vermögensteuer würde doch hinten und vorn nicht reichen, um die Kosten der Wirtschaftskrise zu finanzieren.

Künast: Das wissen wir auch. Aber es darf nicht sein, dass allein die kleinen Leute die Hauptlast der Milliardenschulden tragen, die der Staat derzeit für Konjunkturpakete und die Rettung des Finanzsystems ausgibt. Das ist eine Sache des Respekts der Reichen gegenüber dem Großteil der Gesellschaft.

€uro: Die Grünen halten sich alle anderen Parteien als Koalitionspartner offen. Müssen Ihre Wähler im Fall einer Regierungsbeteiligung der Grünen mit ebenso faulen Kompromissen rechnen, wie Sie sie heute an der Großen Koalition kritisieren?

Künast: Wir wollen eine ökologische und soziale Erneuerung dieses Landes. Und wer mit uns Grünen koalieren will, muss sich schon sehr deutlich in unsere politische Richtung bewegen. Außerdem sind einige Positionen wie beispielsweise der Atomausstieg überhaupt nicht verhandelbar.

€uro: Vielen Dank für das Gespräch.

Das ausführliche Interview lesen Sie im Internet unter www.euro-magazin.de. Dort sagt Renate Künast auch, wie sie der Wirtschaftslobby die Stirn bieten will, was der Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin und der deutsche Geheimdienst gemeinsam haben und warum die neuen Grünen-Wähler vor allem „Lohas“ sind.

Renate Künast wurde am 15. Dezember 1955 in Recklinghausen geboren, wuchs in einfachen Verhältnissen auf und schlug gegen den Willen ihrer Familie einen akademischen Bildungsweg ein: Von 1973 bis 1976 besuchte sie eine Fachhochschule für Sozialarbeit und studierte danach Jura in Berlin. Nebenbei arbeitete sie einige Jahre als Sozialarbeiterin im Männergefängnis Berlin-Tegel. Ihre Politikkarriere startete die Anti-Atom-Aktivistin 1979 bei der Berliner Grün-Alternativen Liste, die 1993 mit der ehemaligen DDR-Bürgerbewegung Bündnis 90 und den westdeutschen Grünen fusionierte. Künast, die als harte und äußerst clevere Politikerin gilt, war unter anderem von 2001 bis 2005 Bundesministerin für Verbraucherschutz und Landwirtschaft. Seit Herbst 2005 ist sie Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Für die Bundestagswahl im September 2009 ist die 53-jährige Spitzenkandidatin ihrer Partei.